

Niederschrift

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen
Sitzungs-Nr: XVI/28 Rat
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 10.12.2009, 19:00 Uhr bis 21:36 Uhr
Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

Anwesend sind:

Ratsmitglied

1. Bürgermeister Zieseniß, Walter

Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsherr Bercusi, Radu Dr.
3. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad
4. Ratsherr Fabisch, Horst
5. Ratsherr Höfer, Marian
6. Ratsherr Hohenstein, Ernst
7. Ratsherr Kowalski, Michael
8. Ratsherr Kuban, Tilman
9. 1. stellv. Bürgermeister Matthiesen, Max Dr. MdL
10. Ratsherr Neddermeier, Karl-Heinz
11. Ratsherr Remmers, Henning
12. Ratsherr Schadow, Hans-Peter
13. Ratsherr Schroth, Gerald
14. Ratsfrau Schulz-Teesink, Petra
15. Ratsvorsitzender Steuernagel, Marc-Oliver
16. Ratsherr Zieseniß, Roland

Mitglieder SPD-Fraktion

17. Ratsfrau Baltz, Silvia
18. Ratsherr Baum, Wolfgang
19. Ratsfrau Beckmann, Kerstin Dr.
20. Ratsherr Bienert, Sigurd
21. Ratsherr Dobelmann, Reinhard
22. Stellv. Ratsvorsitzende Dürbaum-Betsch, Angelika
23. Ratsherr Härdrich, Dirk Dr.
24. Ratsherr Hugo, Markus
25. Ratsfrau Hunte-Grüne, Marlene
26. Ratsherr Messing, Peter
27. Ratsherr Mientus, Udo
28. Ratsherr Riemer, Hagen
29. Ratsherr Schaper, Hartmut
30. 2. stellv. Bürgermeisterin Scheibe, Monika

Mitglieder FDP-Fraktion

31. Ratsfrau Gärtner, Alice
32. Ratsherr Klockow, Bernhard
33. Ratsherr Schasse, Adolf
34. Ratsfrau Schasse, Bärbel

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

35.	Ratsherr	Hartig, Andreas
36.	Ratsfrau	Richter, Angelika
37.	Ratsherr	Röver, Christian
38.	Ratsfrau	Westphal, Ulrike

von der Verwaltung

39.	Leitung Bau	de Veer, Kirsten
40.	Verwaltungsangestellte	Filipiak, Andrea
41.	Leiter ZD/GWB	Hoffmann, Reinhard
42.	Verwaltungsbeamter	Huschenhöfer, Michael
43.	Erster Stadtrat	Lahmann, Marc
44.	Fachdienstleiter	Müller, Stefan

es fehlten entschuldigt

45.	Ratsherr	Wittschurky, Thomas
-----	----------	---------------------

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Gedenken an Verstorbene
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung folgender Niederschriften des Rates:
 - 21. Sitzung/XVI. WP vom 14.05.2009
 - 22. Sitzung/XVI. WP vom 11.06.2009
 - 23. Sitzung/XVI. WP vom 20.08.2009
 - 24. Sitzung/XVI. WP vom 24.09.2009
 - 25. Sitzung/XVI. WP vom 01.10.2009
5. Aktuelle Stunde
6. Bericht über wichtige Angelegenheiten und Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
7. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
 - 7.1. Umbesetzung in der Gesellschafterversammlung der SGB Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH
Vorlage XVI/0497
8. Betrieb des Lehrschwimmbeckens an der Adolf-Grimme-Schule
Vorlage XVI/0477
9. Einführung der Straßenreinigungsgebühr
hier: Erlass der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage XVI/0492

10. Einführung der Straßenreinigungsgebühr
hier: Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungsnutzung
Vorlage XVI/0493
11. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen
Vorlage XVI/0498
12. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage XVI/0467
13. Haushaltssicherungskonzept 2010
Vorlage XVI/0482
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung

Herr Ratsvorsitzender Steuernagel eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Steuernagel bittet, folgende Angelegenheiten von der Tagesordnung abzusetzen, da jeweils noch Beratungsbedarf besteht:

- TOP 11, Vorlage XVI/486
Weiterführung des Hip-Hop Kooperationsprojektes des Kinder- und Jugendbüros und des Kulturzentrums Barsinghausen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 04.11.2009 -
- TOP 15, Vorlage XVI/491
Sanierungsgebiet Barsinghausen – Innenstadt
hier: städtebaulicher Rahmenplan
- TOP 16, Vorlage XVI/419
Errichtung eines Mahnmals in Barsinghausen zur Erinnerung an die Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert. Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Steuernagel stellt die Tagesordnung mit den genannten Änderungen fest.

Abschließend weist Herr Steuernagel auf folgende Tischvorlagen hin:

- Änderungsseite zum Stellenplan
- Zuschussantrag der Petrus-Kirchengemeinde

- Geänderte Beschlussempfehlung zum TOP 8 „Lehrschwimmbecken“, Vorlage XVI/477
- Veränderungsliste zum Haushalt mit Stand nach der Sitzung des Verwaltungsausschusses am vergangenen Dienstag

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 27.11.2009 geänderte Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung werden genehmigt.

2. Gedenken an Verstorbene

Herr Zieseniß erinnert an die Verstorbenen Fred Busche, Alfred Fuchs, Josefa Gandulla, Hans-Jürgen Giesecke sowie Friedrich Tatje und geht auf ihre Tätigkeiten ein. Der Rat gedenkt der Verstorbenen.

3. Einwohnerfragestunde

Es wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt, bei der folgende Angelegenheiten besprochen werden:

- Es wird nachgefragt, warum so viele Niederschriften zur Genehmigung anstehen. Herr Zieseniß beantwortet die Anfrage.
- Es wird die Straßenreinigungsgebühr thematisiert und nachgefragt, ob diese gerecht sei. Herr Lahmann beantwortet die Anfrage dahingehend, dass es gerecht ist, wenn diejenigen die nicht selbst reinigen müssen, für die Reinigung zahlen.
- Herr Bölke fragt nach dem Sachstand der Rathaussanierung und möchte wissen, wie hoch die Heizkosten in den vergangenen Jahren für das Rathaus waren und wie hoch die Heizkosteneinsparung sein wird. Herr Zieseniß sagt eine schriftliche Antwort zu.
- Weiteres Thema ist das Schulbushäuschen an der Haltestelle vor der Goetheschule. Es wird nachgefragt, ob dort ein Provisorium aufgestellt werden kann, bis eine endgültige Lösung umgesetzt wird. Herr Lahmann erläutert den Sachstand der Planungen.
- Im Bezug auf die Straßenreinigungsgebühr werden die Papierkörbe an der Bushaltestelle in Holtensen thematisiert. Die Papierkörbe stehen einige Meter von der Haltestelle entfernt, so dass einige Fahrgäste ihre Abfälle auf das an die Haltsstelle grenzende Grundstück von Herrn Peters entsorgen. Frau de Veer sagt zu, dass sich der Bauhof um eine Lösung bemühen wird.

4. Genehmigung folgender Niederschriften des Rates:

- 21. Sitzung/XVI. WP vom 14.05.2009
- 22. Sitzung/XVI. WP vom 11.06.2009
- 23. Sitzung/XVI. WP vom 20.08.2009
- 24. Sitzung/XVI. WP vom 24.09.2009
- 25. Sitzung/XVI. WP vom 01.10.2009

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 2

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Niederschriften über die

- 21. Sitzung/XVI des Rates vom 14.05.2009
- 22. Sitzung/XVI des Rates vom 11.06.2009
- 23. Sitzung/XVI des Rates vom 20.08.2009
- 24. Sitzung/XVI des Rates vom 24.09.2009
- 25. Sitzung/XVI des Rates vom 01.10.2009

werden ohne Änderungen genehmigt.

5. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

6. Bericht über wichtige Angelegenheiten und Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Bürgermeister Zieseniß hält den nachfolgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am vergangenen Dienstag getagt.

Es wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Die vom Rat benannten Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der SGB wurden angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung wie folgt zu votieren:
 1. Es wird ein zweiter Geschäftsführer berufen.
 2. Beide Geschäftsführer erhalten Einzelvertretungsbefugnis.
 3. Über die Vertretungsregelung im Innenverhältnis entscheidet der Aufsichtsrat in ei-

ner Geschäftsordnung.

- Die Jahresabschlüsse der Stadtwerke Barsinghausen und der Bäderbetriebsgesellschaft Barsinghausen für das Jahr 2008 wurden vorgelegt, so dass die vom Rat benannten Vertreter in der jeweiligen Gesellschafterversammlung mit der Entlastung beauftragt wurden. Für die Stadtwerke liegt ein Bilanzverlust in Höhe von 460.000 EUR und für die Bäderbetriebsgesellschaft in Höhe von 521 EUR vor.
- Der Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Barsinghausen und dem Verein Calenberger Cultour & Co. vom 17.12.2008 wird im gegenseitigen Einverständnis zum 31.12.2009 aufgelöst.

Ab 01.01.2010 erhält der Verein von der Stadt Barsinghausen einen verlorenen Zuschuss in Höhe von 23.000 EUR jährlich. Die Fördersumme soll dazu dienen, die satzungsmäßigen Zwecke zu erfüllen und den Verein in die Lage zu versetzen, das kulturelle Angebot auszuweiten.

Diese Förderzusage gilt zunächst für die Jahre 2010 und 2011.

- Der VA hat den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 200 „Hesling“ im OT Hohenbostel gefasst.
- Der Vertrag über die maschinelle Reinigung von 90 km Straßenstrecke wird für ein weiteres Jahr zu einem Betrag i.H.v. rd. 67.000 EUR verlängert.

7. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

7.1. Umbesetzung in der Gesellschafterversammlung der SGB Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH Vorlage: XVI/0497

Herr Hoffmann begibt sich zu diesem TOP in den Zuschauerraum.

Herr Zieseniß erläutert die Beschlussvorlage.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Anstelle von Herrn Ersten Stadtrat Lahmann wird Herr Städtischer Oberrat Hoffmann in die Gesellschafterversammlung der SGB Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH berufen.

8. Betrieb des Lehrschwimmbeckens an der Adolf-Grimme-Schule Vorlage: XVI/0477

Die Ratsmitglieder Dobelmann, Hugo und Kuban begeben sich zu diesem TOP in den Zuschauerraum.

Herr Höfer erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Dr. Härdrich bestätigt, dass das Lehrschwimmbecken den Rat schon seit einigen Jahren immer wieder beschäftigt und dass es schon viele Diskussionen darum gegeben hat. Er führt aus, dass das Schwimmbad, von denen, die es nutzen, wie z. B. Vereine oder Eltern mit ihren Kindern, als erforderlich betrachtet wird. Man kann allerdings inhaltlich und fachlich geteilter Meinung sein, ob es notwendig ist. Herr Dr. Härdrich führt weiter aus, dass eine Schließung für die derzeitigen Nutzer nicht schmerzfrei und mit Schwierigkeiten verbunden sein wird. Er erachtet es als nicht sinnvoll, die geplanten 150.000,00 Euro in das Lehrschwimmbecken zu investieren. Vielmehr geht er davon aus, dass in einigen Jahren genau dieselbe Situation besteht, dass man überlegen muss, das Lehrschwimmbecken zu schließen oder erneut zu investieren.

Herr Dr. Härdrich merkt an, dass die Stadt Barsinghausen sich eine Investition der 150.000,00 Euro bei der derzeitigen Haushaltslage nicht leisten kann. Er merkt weiter an, dass die SPD-Fraktion das Geld an dieser Stelle nicht sinnvoll eingesetzt sieht. Wenn das Schwimmbecken wirklich unverzichtbar ist, müssten jetzt 1 Millionen Euro in die Hand genommen und investiert werden und die energetische Sanierung des Lehrschwimmbeckens mit umgesetzt werden. Diese Haushaltsmittel stehen aber erst recht nicht zur Verfügung.

Herr Dr. Härdrich hält auch die Überlegung, ob die Stadtwerke GmbH die Investition übernehmen kann, für illusionär, da er sich nicht erklären kann, woher die Stadtwerke GmbH die Mittel nehmen soll, es sei denn, die Wasserpreise würden erhöht. Aus Sicht der SPD-Fraktion gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösung, die erforderlichen Mittel dauerhaft aufzubringen. Aus diesem Grund wird seine Fraktion gegen die Vorlage und für eine Schließung stimmen. Herr Dr. Härdrich merkt an, dass das Lehrschwimmbecken sicherlich wünschenswert, aber nicht unverzichtbar ist.

Herr Klockow merkt an, dass das Lehrschwimmbecken eine wichtige Institution in Barsinghausen ist. Die Auslastung in diesem Schwimmbad ist sehr gut und es wird von Schulen sowie Kindergärten gut angenommen. Er führt aus, dass in den nächsten Jahren aufgrund des Rückgangs der Geburten mit weniger Kindern für das Lehrschwimmbecken, in Kindergärten, in Krippen und in Schulen zu planen ist. Dieses wird aber erst in fünf Jahren der Fall sein.

Herr Klockow erläutert, dass die angedachte Sanierung technisch vertretbar ist und für die kommenden fünf Jahre ausreichend ist. Danach wird ein weiterer Erhalt finanziell nicht mehr vertretbar sein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 11

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Im Ergebnishaushalt 2009 der Gebäudewirtschaft werden 110.000 überplanmäßiger Aufwand beim Sachkonto 421101 „Unterhaltung Grundstücke und baulichen Anlagen – Sanierungsmaßnahmen“, Kostenstelle 157201 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen bei Sachkonto 348201 „Erstattungen vom Kernhaushalt“.

**9. Einführung der Straßenreinigungsgebühr
hier: Erlass der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: XVI/0492**

Herr Lahmann führt in die Beschlussvorlagen zu TOP 9 und TOP 10 „Einführung der Straßenreinigungsgebühr“ (Erlass der Straßenreinigungsgebührensatzung und Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungsnutzung) ein.

Frau Dr. Beckmann nimmt Bezug auf die Einwohnerfragestunde, in welcher die Gerechtigkeitsfrage aufgeworfen wurde. Sie führt aus, dass sich diese auch für die SPD-Fraktion gestellt hat. Die Situation in Barsinghausen stellt sich so dar, dass in den Bereichen gereinigt und der Winterdienst ausgeführt wird, an denen die Anwohner durch den Durchgangsverkehr belastet werden. Sie führt aus, dass die Anwohner dort nur unter erheblichen Gefahren den Reinigungs- und Winterdienst ausführen könnten oder allenfalls nachts, wenn kaum Verkehr auf den Straßen unterwegs ist. Die Stadt erfüllt dort eine Aufgabe, von der alle, die die Straßen nutzen, profitieren. Frau Dr. Beckmann führt weiter aus, dass die SPD-Fraktion der Meinung ist, dass dieses von der Allgemeinheit getragen werden soll.

Frau Dr. Beckmann weist darauf hin, dass ihre Fraktion im vergangenen Jahr angeregt hat, ein Mehr an Qualität zu schaffen. Sie wirft die Frage auf, warum zu diesem Thema keine Bürgerbefragung durchgeführt wird. Es gibt sicherlich ältere Menschen, denen das Fegen zu schwer ist und Anwohner, denen es das wert ist, dafür zu bezahlen, nicht selbst fegen zu müssen. Frau Dr. Beckmann weist weiter darauf hin, dass eine Bürgerbefragung die jetzt sehr schnelle Umsetzung verhindert und ein Mehr an Qualität mit sich gebracht hätte. Dieses wäre dem Erscheinungsbild der Stadt sehr zuträglich, so Frau Dr. Beckmann.

Sie weist abschließend darauf hin, dass die SPD-Fraktion aufgrund der angeführten Gründe nicht für die Einführung der Straßenreinigungsgebühr in der vorgelegten Form stimmen wird.

Herr Hohenstein weist darauf hin, dass die Einführung der Gebührensatzung seit langer Zeit angeschoben ist. Die Kommunalaufsicht hat bei den Haushaltsgenehmigungen wiederholt beanstandet, dass Barsinghausen keine Straßenreinigungsgebührensatzung hat. Herr Hohenstein merkt an, dass sich bei jeder Regelung die Gerechtigkeitsfrage stellt und dass eine 100-prozentige Gerechtigkeit nicht möglich ist. Er merkt weiter an, dass eine Reinigung des kompletten Stadtgebietes zu teuer und unbezahlbar ist. Gerade in Straßen, in denen wenig Verkehr und Dreck anfallen, würden dann Anwohner mit geringerem Einkommen oder finanziellen Schwierigkeiten zu Unrecht belastet.

Herr Hohenstein führt aus, dass das jetzt gewählte Umlageverfahren an die Straßenreinigungssatzungen der anderen Kommunen angepasst ist. Auch Großstädte können nicht anders verfahren, als nur die Hauptstraßen zu reinigen. Herr Hohenstein weist abschließend darauf hin, dass in der Praxis keine andere Möglichkeit besteht, als der jetzt gewählten.

Herr Messing bestätigt, dass es keine 100-prozentige Gerechtigkeit geben kann. Er weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion eine Regelung auch nicht grundsätzlich ablehnt. Es geht seiner Fraktion nur um die Art und Weise der Umsetzung. Er nimmt Bezug auf die Präambel des Kommunalwahlprogramms der CDU-Fraktion. Danach gehört zu den Grundsatzforderungen der CDU-Fraktion eine Verlässlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, dass die Kosten für die Gemeindeabgaben nicht steigen und eine weitere Erhöhung der Steuer auszuschließen sind. Herr Messing führt aus, dass die jetzige Straßenreinigungssatzung dem Kommunalwahlprogramm widerspricht.

Frau Richter teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Vorlage zustimmen wird. Der Rat hat bereits vor einem Jahr im Rahmen des Konsolidierungsprogramms be-

schlossen, eine Straßenreinigungsgebühr einzuführen. Danach sollte die Gebühr bereits zum 01.07. eingeführt werden. Frau Richter führt aus, dass wenn die Stadt Barsinghausen eine Leistung erbringt, diejenigen, die sie erlangen, dafür auch bezahlen sollen.

Herr Neddermeier führt aus, dass in dem Kommunalwahlprogramm der CDU-Fraktion steht, dass keine Steuererhöhung erfolgen soll. Hier soll jedoch eine Gebühr eingeführt werden.

Herr Mientus wirft erneut die Gerechtigkeitsfrage auf. Die Anwohner, die jetzt schon durch den von der Reinigung und dem Verkehr ausgehenden Lärm sowie durch die Verschmutzung belastet sind, werden durch die Gebühr zusätzlich belastet.

Herr Lahmann führt aus, dass die Verwaltung eine Bürgerbefragung für entbehrlich gehalten hat. Die Verwaltung ist weiter davon ausgegangen, dass das Interesse, von Anwohnern, dass ihre Straßen zusätzlich auch gereinigt werden sollen, nicht sehr groß sein dürfte. Wenn der Großteil der Anwohner einer Straße dafür ist und die Straße gereinigt haben möchte sowie dafür bezahlt, steht einer Aufnahme in das Straßenverzeichnis nichts im Weg. Herr Lahmann weist darauf hin, dass sich die betroffenen Anwohner entsprechend bei der Stadtverwaltung melden sollen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 13

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat nimmt die beiliegende Kalkulation (Anlage zur Vorlage) zur Kenntnis.
2. Die als Anlage beigefügte Straßenreinigungsgebührensatzung (Anlage zur Vorlage) wird beschlossen.

**10. Einführung der Straßenreinigungsgebühr
hier: Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungsnutzung
Vorlage: XVI/0493**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 14

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die beiliegende Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung (Anlage zur Vorlage) wird beschlossen.

**11. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 des Stadtentwässerungsbetriebes
Barsinghausen
Vorlage: XVI/0498**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2010 werden beschlossen.
Die Satzung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. **Anlage 1**
2. Die Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2011 bis 2013 wird zur Kenntnis genommen.

12. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 **Vorlage: XVI/0467**

Herr Schroth führt in seiner Rede zum Haushalt 2010 aus, dass die Finanzkrise auch Barsinghausen voll erwischt hat. Es sind Einnahmen in Höhe von drei Millionen Euro weg gebrochen. Das Ziel einer Haushaltskonsolidierung, wie es sich der Rat zur Beginn der Wahlperiode vorgenommen hat, wird sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht halten lassen. Er führt weiter aus, dass man vor der Verantwortung steht, die Krise zu meistern. Mit dem Konjunkturpaket II hat man ein Instrument an die Hand bekommen, Infrastrukturinvestitionen durchzuführen, die man ohne die Konjunkturmaßnahmen nicht stemmen könnte. Dazu gehören der Bau der Mensa an der KGS, die energetische Sanierung des Rathauses I, der Fritz-Ahrberg-Halle und der Glück-Auf-Halle sowie die Installation neuer energiesparender Straßenlampen. Das sind rund 10 Millionen Euro Investitionen in Barsinghausen, die den Haushalt mit rund 2 Millionen Euro belasten.

Herr Schroth merkt an, dass die Entscheidung für diese Investitionen richtig, verantwortlich und unumgänglich ist. Ohne Konjunkturpaket II hätten für viele der genannten Gebäude in 10 bis 20 Jahren Abrissbagger bestellt werden können, die dann aber auch nicht hätten bezahlt werden können. So ist die Möglichkeit gegeben, insbesondere im Energiebereich Kosten zu sparen und Gutes für die Umwelt zu tun. Gerade der aktive Umweltschutz ist ein wichtiges Thema dieser Tage, so Herr Schroth. Er führt aus, dass festgestellt werden kann, dass mit den Maßnahmen auch aktive lokale Wirtschaftsförderung betrieben wird. Somit profitieren auch viele Bürgerinnen und Bürger von den Entscheidungen des Rates. Kinder können hochwertige Schulen besuchen und Sportler können in energetisch sanierten Hallen Sport treiben und müssen dabei kein schlechtes Gewissen haben, dass unnötige Energie verschwendet wird. Weiter wurden Arbeitsplätze gesichert und Unternehmen weiterentwickelt. Dies alles führt dazu, dass auch weiter Steuern in Barsinghausen gezahlt werden, so Herr Schroth.

Er führt weiter aus, dass die schlechte Einnahmesituation weiterhin der fehlenden Gewerbesteuer geschuldet ist. Die Prognose für das Jahr 2010 sind 200.000 Euro weniger Einnahmen. Das ist im Vergleich zu anderen Gemeinden sicherlich nicht viel. Herr Schroth merkt an, dass bedacht werden muss, dass Barsinghausen mit 140,00 Euro Gewerbesteuer pro Einwohner für das Jahr 2010 nicht einmal die Hälfte des Landesdurchschnitts von 347,00 Euro erreicht, geschweige denn den Bundesdurchschnitt von 500,00 Euro. Seiner Meinung nach, wird es noch Jahre in Anspruch nehmen, dieses Erbe abzarbeiten. Aber er ist auch der Meinung, dass es funktionieren wird. Die CDU-Bürgermeisterin von Langenhagen hat in der letzten Wahlperiode gezeigt, dass man bei einer wirtschaftsfreundlichen Politik eine Erhöhung der Gewerbesteuer erreichen kann. Der SPD-Bürgermeister, der jetzt an der Macht

ist, hat diesen Kredit jedoch wieder verspielt, so Herr Schroth. Die CDU/FDP-Gruppe wird um jede gewerbliche Ansiedlung für Barsinghausen kämpfen, die Arbeitsplätze, Gewerbesteuern und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungskraft verspricht. Kaufland, Lyreco und Delta Stahl werden von Herrn Schroth als Beispiele angeführt. Die CDU/FDP-Gruppe steht hinter diesen Projekten.

Nach Auffassung der CDU/FDP-Gruppe spiegeln sich in dem vorgelegten Haushaltsentwurf Verantwortung, Einsicht und Zuversicht ebenso wieder, wie die Leitlinien Verlässlichkeit, Menschlichkeit und Stärke. Mit diesem Haushaltsentwurf hat der Bürgermeister eine Vorlage unterbreitet, den die CDU/FDP-Gruppe mittragen wird, so Herr Schroth. Dies fällt leicht, da in ihm die richtigen Schwerpunkte gesetzt wurden, nämlich die Familienfreundlichkeit der Stadt voranzubringen und Barsinghausen als Wirtschaftsstandort weiter auszubauen. Herr Schroth merkt an, dass keiner weiß, wie sich die nächsten Jahre entwickeln werden. Es ist allen bewusst, dass die Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte weitgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig ist. Es spricht vieles für die Annahme, dass in den Folgejahren die öffentlichen Einnahmen der letzten Jahre kaum mehr erreicht und schon gar nicht übertroffen werden.

Herr Schroth zeigt auf, dass in einem Land ohne große Rohstoffe und Bodenschätze kaum etwas so wichtig ist, wie Investitionen in Bildung und Ausbildung. Die CDU/FDP-Gruppe will kein Kind verloren geben. Es ist ihr klar, dass nur mit besserer Bildung die zentralen Herausforderungen der Globalisierung, der Integration der Zuwanderer sowie des demografischen Wandels zu meistern sein werden. Herr Schroth erläutert weiter, dass die Zeit vor der Schule in der Entwicklung der Kinder eine wichtige und grundlegende Lernphase darstellt. Daher rückt die Arbeit in den Kindergärten mehr und mehr in den Vordergrund. Mit dem sukzessiven Ausbau der Kinderbetreuung und der guten Ausstattung der zahlreichen Krippen, KITAs und Kindergärten ist Barsinghausen auf einem guten Weg, so Herr Schroth.

Er führt aus, dass bekannt ist, dass viele Kinder beim Start in der Schule schlecht Deutsch sprechen. Auch bei deutschen Kindern nehmen die Sprachprobleme zu. Für alle betroffenen Kinder möchte die CDU/FDP-Gruppe eine Förderung. Wissenschaftlich belegt wurde, dass diese Kinder in den Schulen bessere Startbedingungen haben, als Jungen und Mädchen in Kindergärten ohne strukturierte Förderung. Herr Schroth führt weiter aus, dass die Grundschulen davon profitieren, da sie schon frühzeitig wissen, welche Erstklässler Sprachprobleme haben. Die CDU/FDP-Gruppe setzt auch weiterhin auf eine Sprachförderung, bis die Region ihren Verpflichtungen vollständig nachkommt.

Sie ist auch der Ansicht, dass die Familienhebamme für die Stadt Barsinghausen eine sinnvolle Ergänzung im Rahmen des Konzepts „Frühe Hilfen“ darstellt und hat dieses bereits durch ihre im letzten Jahr gestellten Anträgen zum Ausdruck gebracht. Eine wichtige und richtige Einrichtung, die jungen Familien mit Problemen den Start in eine gemeinsame Zukunft erleichtern soll. Aber auch hier will die CDU/FDP-Gruppe die Region nicht aus der Pflicht nehmen, sagt Herr Schroth. Die Finanzmittel stehen so lange zur Verfügung, bis die Region ihren Verpflichtungen umfänglich nachkommt.

Barsinghausen ist nach Meinung von Herrn Schroth eine Stadt zum Mitmachen, eine Stadt der Eigeninitiative und der Mitverantwortung. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Kirchen und anderen Organisationen. Und im Gegensatz zum Berliner Bürgermeister Wowereit, der die Lage seiner Stadt mit den Worten beschreibt: „Wir sind arm aber Sexy“, kann über Barsinghausen gesagt werden: „Das vielfältige bürgerschaftliche Engagement macht Barsinghausen reich und attraktiv!“ Herr Schroth bedankt sich im Namen der CDU/FDP-Gruppe bei allen, die sich aktiv und ehrenamtlich zum Wohle der Stadt und ihren Bewohnern engagieren. Er zeigt weiter auf, dass Sport ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft ist, denn gerade dort werden auch heute noch wichtige Werte vermittelt. Er ist wichtig für das Erlernen von Sozialverhalten, für

die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und nicht zuletzt von zentraler Bedeutung für die Gesundheit. Dieses alles wird wesentlich von Barsinghäuser Sportvereinen geleistet, sagt Herr Schroth. Ihr Beitrag zur Gesellschaft ist ein Vielfaches dessen, was der Rat in der Vergangenheit an finanziellen Ressourcen bereitgestellt hat und auch ein Vielfaches dessen, was im Rahmen des Haushaltsentwurfs für die Vereine vorgesehen ist.

Herr Schroth merkt an, dass alle wissen, dass die Bewegung der Kinder in Kindergärten und Schulen viel zu kurz kommt, und dass hier alle auf die Unterstützung der Sportvereine angewiesen sind. Die CDU/FDP-Gruppe wünscht sich einen starken Sport, der sich als ganzheitliches System nach innen und nach außen präsentiert. Das Kooperationsmodul „Schule und Verein“ ist bereits heute ein Erfolg. Die Lehrer am Schulzentrum Spalterhals berichten, dass sie selbst noch im November gerne mit den Schülerinnen und Schülern auf die Außenanlage gehen, da sie dort nicht mehr im Matsch stehen, erläutert Herr Schroth.

Herr Schroth betont, dass die von der CDU/FDP-Gruppe gestellten Anträge Beispiele für ein schlüssiges Antragspaket sind, mit dem das Ehrenamt gefördert wird, die Familienfreundlichkeit der Stadt weiter ausgebaut, soziale Verantwortung übernommen und der Wirtschaftsstandort Barsinghausen gestärkt wird. Die CDU/FDP-Gruppe ist davon überzeugt, mit den politischen Inhalten der Anträge Barsinghausen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger positiv weiterzuentwickeln, so Herr Schroth. Dafür steht die CDU/FDP-Gruppe und wird dafür ihre Stimmen abgeben.

Herr Schroth bedankt sich im Namen der CDU/FDP-Gruppe bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Barsinghausen für ihre Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig dankt Herr Schroth den Medienvertretern. Er betont, dass es für diese keine leichte Aufgabe ist, als Mittler von Informationen zwischen Rat und Bürgern die Entscheidungen des Rates kritisch zu begleiten. Dabei tragen sie ein hohes Maß an Verantwortung, das sie auch wahrnehmen. Anschließend dankt Herr Schroth für die Aufmerksamkeit.

Frau Dr. Beckmann führt in ihrer Rede zum Haushalt 2010 aus, dass der Bürgermeister und der Erste Stadtrat einen Haushaltsplan vorgelegt haben, der bis zum Ende des nächsten Jahres ein Defizit von 26 Millionen Euro aufweisen soll. Sie führt weiter aus, dass der Erste Stadtrat bei der Einbringung des Haushaltsplanes ausgeführt hat, dass die Finanzkrise daran schuld sei. Auch Herr Schroth hat dieses in seiner vorherigen Rede betont und zum Ausdruck gebracht, dass die CDU/FDP-Gruppe damit nichts zu tun haben. Frau Dr. Beckmann regt an, dieses zu hinterfragen, da es so einfach nicht ist. Sie stellt fest, dass die Einnahmen wieder gesunken sind. Wenn man den Steuerfinanzausgleich und alle Einnahmen zusammennimmt, kommt man in etwa auf das Niveau des Jahres 2007. In den Zwischenjahren gab es erhebliche Mehreinnahmen. Dieses hat aber nichts mit der CDU/FDP-Gruppe zu tun. Das sind nach Meinung von Frau Dr. Beckmann die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße gewesen, die entsprechende Lohnabschlüsse erwirkt haben. Dadurch sind die Einnahmen der Stadt aus der Einkommenssteuer gestiegen. Frau Dr. Beckmann stellt die Frage, warum es der Stadt Barsinghausen dann jetzt so miserabel geht. Dies hat eine Menge mit dem zu tun, was in den Jahren 2008 und 2009 in dieser Stadt passiert ist, so Frau Dr. Beckmann. Sie führt weiter aus dass die CDU/FDP-Gruppe bei steigenden Einnahmen im Jahr 2008 einen Haushalt mit einer Rekordsumme von 10 Millionen Euro Defizit vorgelegt hat. Dieses ist im Jahresverlauf so weiter gegangen, indem noch Nachträge beschlossen wurden. Der Fehlbetrag ist somit auf 12 Millionen Euro geklettert und die Rücklage wurde um 1 Millionen Euro reduziert, womit sich das Defizit in der Summe auf 13 Millionen Euro beläuft.

Frau Dr. Beckmann teilt mit, dass dieses im Jahr 2009 so weitergegangen ist. Das Defizit betrug im Jahr 2009 8 Millionen Euro, obwohl es in dem Jahr die Wirtschaftskrise überhaupt noch nicht gab. Sie nimmt Bezug auf eine im Jahr 2006 zwischen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion geschlossene Vereinbarung. In dieser heißt es: „die Kreditverbindlichkeiten sollen in fünf Jahren halbiert werden“ und „der Schuldenabbau beginnt systematisch in

2007“. Frau Dr. Beckmann verweist auf das zuvor gesagte, in dem sie das Ergebnis aufgezeigt hat. Dieses hat ihres Erachtens mit Halbieren nichts zu tun. Frau Dr. Beckmann nimmt weiter Bezug auf die Haushaltsrede von Herrn Schroth, in der er die Vereinsförderung thematisiert hat. Sie führt aus, dass Voraussetzung für Vereinsförderung eine politische Nähe ist. Ein weiterer Vorteil ist, wenn ein Ratsherr aus den Reihen der CDU-Fraktion Mitglied des Vorstandes eines Vereins ist. Der TSV Kirchdorf, in dem Herr Fabisch Mitglied ist, hat ein Vereinsheim bekommen und der Schwimmclub Barsinghausen bekommt sein Lehrschwimmbecken saniert. Frau Dr. Beckmann führt Reden von Herrn Höfer im Ausschuss für Jugend, Bildung, Sport und Kultur und bei einem Ortstermin an. Dort habe Herr Höfer z. B. lange über die Vereinsförderung und den Jugendsport in den Vereinen gesprochen, statt über die Schule, die der Termin betraf. Herr Höfer ist es aber nur um den Verein gegangen, in dem Herr Neddermeier Mitglied ist.

Frau Dr. Beckmann greift weiter das Thema „Innenstadtsanierung“ auf und hinterfragt, was alles aus den öffentlichen Maßnahmen geworden ist. Darin ist bisher nichts investiert und der Rahmenplan ist heute von der Tagesordnung abgesetzt worden. Aus Sicht der CDU/FDP-Gruppe hat dieses Zeit. Dagegen sind Gelder in Einzelförderungen geflossen, wie z. B. in Fenster- und Fassadensanierungen sowie für den Abriss von Teilgebäuden. Es werden nach Ansicht von Frau Dr. Beckmann Immobilieneigentümer begünstigt und die öffentlichen Maßnahmen müssen dafür zurückstehen.

Sie hinterfragt, warum die Ansätze für Baumaßnahmen immer wieder bei Weitem übertroffen werden. Sie wirft der CDU/FDP-Gruppe vor, dass zunächst alles günstig gerechnet wird, um es politisch durchsetzen zu können. Als Beispiel führt Frau Dr. Beckmann den Bau des Feuerwehrhauses an. Ursprünglich sollte das Projekt 1,2 Millionen Euro kosten, welches als Begründung angeführt wurde, unbedingt die Altimmoblie für das Vorhaben zu nutzen. Dieser Ansatz ist überhaupt nicht zu halten und auch das Grundstück ist zu klein, wie sich herausgestellt hat. Inzwischen betragen die Kosten für das Projekt 2,5 Millionen Euro. Selbst Herr Klockow hat jüngst hinterfragt, was da noch komme, da immer die Rede vom ersten Abschnitt sei, so Frau Dr. Beckmann. Sie ist der Ansicht, dass der Umbau mindestens so viel kosten wird, wie ein guter funktionsfähiger Neubau gekostet hätte.

Sie führt weiter an, dass das Konjunkturpaket geholfen hat. Es hat etwas von dem Druck genommen, der sonst herrscht, um die Schulden tilgen zu können. Sie hinterfragt weiter die Schwerpunktsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket. Diese ist so, wie bei den anderen geschilderten Maßnahmen, so Frau Dr. Beckmann. Die SPD-Fraktion hat einen Antrag gestellt, dass das Konjunkturprogramm ausschließlich in die Schulen fließt. Vorrangig zur Sanierung der KGS Goetheschule aber auch der Adolf-Grimme-Schule. Dieses Vorgehen hat es in anderen Städten, trotz anderer Vorgaben, auch gegeben. Dies wäre sinnvoller und nützlicher gewesen, als die Straßenbeleuchtung oder das Rathaus I zu sanieren, sagt Frau Dr. Beckmann.

Frau Dr. Beckmann erläutert, dass aus den im letzten Jahr beschlossenen 14 Maßnahmen im Konsolidierungsprogramm bisher nichts weiter umgesetzt wurde, als die Streichung des Zuschusses für die Kirchengemeinde St. Barbara. Im neuen Konsolidierungskonzept für das Jahr 2010 sind die Maßnahmen unverändert wieder aufgeführt.

Frau Dr. Beckmann führt aus, dass die kommunale Selbstverwaltung ein Erfolgsmodell ist, das über 200 Jahre alt ist. Sie wird getragen von der Idee, dass die Menschen in einem Gemeinwesen all das, was sie in ihrem Lebensumfeld unmittelbar betrifft, selbst organisieren und gestalten. Vertreten durch gewählte Ratsmitglieder, zu denen sie Vertrauen haben. Das zentrale Instrument für einen Rat ist es, einen Haushaltsplan aufzustellen und damit zu gestalten, in welchen Bereichen Prioritäten gesetzt werden, sei es in den Schulen, den Kindergärten oder den sozialen Bereichen. Der Haushaltsplan soll auch regeln, wie Dinge strukturiert und auskömmlich finanziert werden. In den letzten drei Jahren sind die Gestaltungsmög-

lichkeiten gegen null gegangen, so Frau Dr. Beckmann. Nennenswerte Investitionen können nur noch getätigt werden, wenn sie durch Dritte finanziert werden. Dadurch kann der Rat nicht mehr entscheiden, was getan wird, sondern nur noch dort investieren, wo Förderprogramme vorhanden sind. Doch auch dort ist der Rat an die Rahmenbedingungen der Programme gebunden.

Frau Dr. Beckmann führt weiter aus, dass bereits im September des vorletzten Jahres eine Arbeitsgruppe gegründet wurde, die sich mit der Haushaltssanierung beschäftigen sollte. Es sollte ein Konzeptplan zur Wiedererlangung kommunaler Gestaltungsfähigkeit erarbeitet werden. Diese Arbeitsgruppe hat nur zweimal getagt und ist dann gescheitert.

Frau Dr. Beckmann ergänzt, dass sich die SPD-Fraktion ihrer politischen Verantwortung bewusst ist und deshalb im Anschluss noch einige Haushaltsanträge einbringen wird. Diese werden sich auf die Bereiche Kinder, Jugend, Betreuung und Bildung konzentrieren. Sie befürchtet, dass diese Anträge mit der Begründung der derzeitigen Verschuldung von den anderen Fraktionen nicht mitgetragen werden, obwohl auch sie sich die genannten Themen auf die Fahnen geschrieben haben. Der vorgelegte Haushalt schließt mit einem Defizit von 26 Millionen Euro. Im Bund wird darüber diskutiert, dass Wachstum die Schuldenmisere richten soll. Aber auch dort gibt es Prognosen, dass sich die Neuverschuldung im nächsten Jahr auf 100 Milliarden Euro belaufen wird, schließt Frau Dr. Beckmann ihre Rede zum Haushalt und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Herr Klockow nimmt in seiner Rede zum Haushalt Bezug auf die von Frau Dr. Beckmann gemachte Aussage, dass die kommunale Selbstverwaltung ein Erfolgsmodell ist und dass der Haushaltsplan ein zentrales Steuerungsinstrument ist. Er führt aus, dass die Stadt Barsinghausen bereits seit 10 Jahren einen defizitären Haushalt hat und dass der Haushalt ein wunderbares Gestaltungselement ist. Es sind alle Ratsfrauen und -herren dazu aufgerufen, dieses wahrzunehmen und vor allem zusammen zu arbeiten. Dazu brauche es vor allem den Mut und den Willen dazu.

Herr Klockow weist darauf hin, dass der Haushalt der Stadt Barsinghausen bereits seit 10 Jahren Schulden aufweist und dass alle im Rat vertretenen Fraktionen daran Verantwortung tragen. Einzelne Schuldzuweisungen machen daher keinen Sinn. Er führt aus, dass die Stadt Barsinghausen eine dramatische Gewerbesteuerschwäche hat und es daher Sinn macht, zu versuchen, so viel Gewerbe wie möglich anzusiedeln sowie die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Vor dem Hintergrund, dass man nicht nur darauf hoffen kann, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen oder die Konjunkturlage in den nächsten drei Jahren verbessern, hat der Rat im September 2008 eine Arbeitsgruppe beschlossen, an der es allen Fraktionen ermöglicht wurde, teilzunehmen, um gemeinsam Haushaltssicherung zu betreiben. Es war angedacht, über einen Zeitraum von 10 Jahren Planungen zu betreiben, um die Haushaltssicherung zu gewährleisten. In einem kürzeren Zeitraum ist dieses nicht möglich, so Herr Klockow. Er führt weiter aus, dass dieses durch die eingetretene Finanzkrise nunmehr noch schwerer erscheint als im Jahr 2008. Der Haushalt lässt sich nicht durch bloße Gebührenerhebungen oder Streichungen bei den freiwilligen Aufgaben sanieren.

Herr Klockow führt aus, dass die FDP-Fraktion der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehr dankbar für deren gestellten Antrag ist, mit einem externen Moderator den Versuch zu starten, alle Fraktionen zusammen zu bringen, gemeinsam an der Zukunft Barsinghausens zu arbeiten. Dazu sind alle Fraktionen eingeladen, weil dieses keine Frage einer Legislaturperiode ist, sondern über viele Legislaturperioden gemeinsam gemacht werden muss. Dazu gehören langfristige Ziele und die Entwicklung von Meilensteinen, an denen alle zusammen arbeiten. Herr Klockow betont, dass dieses Unterfangen keine Fraktion alleine schaffen kann, sondern dass dafür wirklich alle gemeinsam daran arbeiten müssen. Sanierungsprogramme hätten in Barsinghausen schon früher greifen können, aber man hat dazu einfach nicht die Idee gehabt, so Herr Klockow weiter. Er weist darauf hin, dass jetzt alle Fraktionen

die Möglichkeit haben, gemeinsam den Beschluss zu fassen, die Haushaltssicherung anzugehen. Herr Klockow sieht dabei eine externe Moderation als Chance, alle Fraktionen zusammen zu bringen. Er betont nochmals, dass es bei der Haushaltssicherung aber nicht nur darum gehen darf, „mit dem Rasenmäher“ über die Leistungen für die Feuerwehr, die Vereine oder Schulen zu gehen, sondern dass darüber nachgedacht werden muss, wie auch Steuern sinnvoll erhöht werden können. Herr Klockow weist darauf hin, dass die bestehenden Schulden in Barsinghausen entstanden sind und auch nur in Barsinghausen bezahlt werden können. Es muss daher überlegt werden, wie Strukturänderungen über einen langfristigen Zeitraum tatsächlich umgesetzt werden können. Herr Klockow wünscht sich, dass sich alle Fraktionen in Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung beteiligen. Dieses wird der Stadt langfristig zu Gute kommen. Herr Klockow führt abschließend aus, dass die FDP-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Frau Westphal beginnt ihre Rede zum Haushalt mit dem Hinweis, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wie auch bereits der örtlichen Presse zu entnehmen, für ein radikales Umsteuern in Sachen Verschuldung eintritt. Sie sagt, dass die Ratsmitglieder persönlich vielleicht wenig für die Finanzkrise können und persönlich keine Schuld an der Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen haben. Sie führt weiter aus, dass es vermutlich auch niemand in der Hand hat, wie im Bund die Aufteilung von Steuergeldern – insbesondere der Gewerbesteuer oder auch der bevorstehenden Steuerensenkung – zukünftig geregelt wird. Frau Westphal betont, dass aber all dieses Auswirkungen auf die fehlende Finanzkraft Barsinghausens haben wird.

Frau Westphal merkt, an, dass die Ratsmitglieder vor Ort aber eines tun können: Sie können sich – bildlich gesprochen – an die eigene Nase fassen und erkennen, wo ihr aktives Einschreiten in Sachen Haushalt gefragt ist und wo die wirkliche Verantwortung als Ratsmitglied liegt, so Frau Westphal. Alle Anwesenden scheinen sich einig zu sein, dass die Verschuldung Barsinghausens viel zu groß ist. Und dennoch haben die CDU/FDP-Gruppe und die SPD-Fraktion nur Haushaltsanträge eingebracht, die die Verschuldung der Stadt noch weiter vorantreiben. Dieses wertet ihre Fraktion als bedenkliches Signal, so Frau Westphal weiter. Sie führt aus, dass Rat und Verwaltungsleitung offensichtlich nicht in der Lage sind, die Neuverschuldung der Stadt in den Griff zu kommen. Ihre Fraktion hat daher den Vorschlag unterbreitet, mit externer Hilfe zu versuchen, einen Prozess in Gang zu setzen, um mit allen Fraktionen und der Verwaltung zumindest mittel- und langfristig eine echte Haushaltskonsolidierung zu erreichen. Sie hofft, dass sich die anderen Fraktionen ihrer Verantwortung bewusst sind und sich nicht verschließen, diesen Weg zumindest gemeinsam auszuprobieren.

Frau Westphal merkt an, dass die Idee, die hinter einem extern begleiteten Prozess steht, die ist, dass alle Ausgaben und Investitionen sowie die Einnahmen und die Rückläufe der Stadt fachkundig auf den Prüfstand kommen. Es steht in erster Linie nicht die Streichung freiwilliger Aufgaben im Vordergrund, sondern die Überprüfung und die durchdachte Steuerung von Investitionen unter dem Blickwinkel langfristiger Wirtschaftlichkeit. Daneben ist der Aspekt der Optimierung des Verwaltungshandelns und des damit auch möglichen Kosteneinsparungspotentials nicht unwesentlich. Frau Westphal merkt weiter an, dass ein solcher Prozess bei den Fraktionen allerdings voraussetzt, dass sie die Verantwortung für den Haushalt über den Versuch stellen, die anderen Fraktionen beim Fang um Wählerstimmen auszusteichen. Solange das „vermeintliche“ Wohl der Partei über das Wohl der Bürgerinnen und Bürger gestellt wird, werden die Ratsmitglieder der Ansicht von Frau Westphal nach nicht gerecht.

Ihre Fraktion hatte zumindest den Versuch unternommen, einen ersten Schritt zur Einsparung durch Kürzungen von eigenen Fraktionsausgaben und aller Ratsmitglieder sowie durch die Aussetzung der Sportförderrichtlinie zu gehen. Da dazu keine der anderen Fraktionen bereit ist, wird ihre Fraktion den Antrag daher nicht noch einmal stellen, führt Frau Westphal

weiter aus. Die durch die anderen Ratsfraktionen gestellten Anträge werden den Haushalt nur zusätzlich belasten. Auch Frau Westphal weist nochmals darauf hin, dass die Konsolidierungsliste bisher nicht umgesetzt und unverändert neu vorgelegt wurde.

Frau Westpahl betont, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dieses Vorgehen nicht mittragen will und daher an der Abstimmung zu den folgenden Einzelanträgen sowie an der Abstimmung des Gesamthaushaltes im Folgenden nicht mitwirken wird. Anschließend bedankt sich Frau Westphal für die Aufmerksamkeit.

Anschließend werden folgende Haushaltsanträge gestellt:

1. Antrag der SPD-Fraktion: KITA – altersgemischte Gruppen

Frau Scheibe führt in den Antrag ein.

Herr Höfer stimmt zu, dass die Kinderbetreuung ausgebaut werden muss. Dazu ist jeweils für jeden Kindergarten eine Einzelentscheidung getroffen worden. Weiter gab es eine Einzelanalyse, die durch die Verwaltung vorbereitet worden ist. Herr Höfer führt aus, dass jeder Kindergarten als Einzelobjekt auch individuell betrachtet werden muss. Dies muss auch unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels geschehen. Da die Beratungen der entsprechenden Arbeitsgruppe noch nicht abschließend erfolgt sind, ist es nicht sinnvoll, einen pauschalen Betrag einzusetzen, so Herr Höfer.

Herr Höfer führt weiter aus, dass für Fort- und Weiterbildungen der Erzieherinnen und Erzieher bereits 26.850,00 Euro im Haushalt veranschlagt sind. Dieses bedeutet im Einzelnen 1.500,00 Euro für eine kleinere KITA und bis zu 5.250,00 Euro für eine große KITA. Diese Summe wird von seiner Fraktion als ausreichend betrachtet.

Frau Dr. Beckmann stellt, Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Höfer, einen Ergänzungsantrag, damit auf der Basis der Ergebnisse der Arbeitsgruppe entsprechend gehandelt werden kann, den beantragten Ansatz einzustellen und mit einem entsprechenden Sperrvermerk zu versehen, der weitere Beratungen im Ausschuss ermöglicht.

Beratungsergebnis: abgelehnt

mit 13 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Die Verwaltung wird aufgefordert, in allen städtischen Kindertagesstätten und Kindergärten, sofern es die Kapazität zulässt, zum Kindergartenjahr 2010/2011 altersgemischte Gruppen einzurichten.

Für den erforderlichen Umbau und die Ausstattung der Räumlichkeiten werden 20.000,00 Euro im Haushalt 2010 eingestellt. Der Ansatz ist mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Für die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter werden zweckgebunden zusätzliche 2.000,00 Euro eingestellt.

2. Antrag der SPD-Fraktion: offene kommunale Jugendarbeit

Herr Hugo nimmt zu diesem Antrag im Zuschauerraum Platz.
Herr Dr. Härdrich erläutert den Antrag.

Herr Schroth führt aus, dass derzeit noch aktiv ein Jugendkonzept gearbeitet wird. Weiter ist das Verfahren um das KUBA noch in der Schwebe. Es ist auch der Wunsch der Beteiligten, den Abschluss dieses Verfahrens abzuwarten. Dieses sollte nach Ansicht von Herrn Schroth berücksichtigt werden. Nach Abschluss des Verfahrens kann eine schnelle Entscheidung für die Jugendarbeit in Barsinghausen gefunden werden. Auch wenn das KUBA wegfallen würde, würde die Jugendarbeit nicht zusammenbrechen. Herr Schroth führt aus, dass es neben dem KUBA auch weitere Einrichtungen, wie z. B. Klein Basche oder das Kinder- und Jugendhaus in Egestorf, gibt. Er sieht daher keine Handlungsnot und seine Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Beratungsergebnis: abgelehnt

mit 13 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

1. Die Stadt Barsinghausen hält ein Angebot der kommunalen offenen Jugendarbeit im zentralen Siedlungsgebiet Barsinghausen für unverzichtbar und erforderlich.
2. Das Angebot orientiert sich am Auftrag des § 11 SGB VII und ist wie folgt zu beschreiben:
 - a) Mischung aus offenen und pädagogisch intensiv betreuten Angeboten sowie individueller Beratung und Betreuung ohne konfessionelle oder weltanschauliche Ausrichtung.
 - b) Beziehungsorientierte Ausrichtung der Arbeit mit dem Ziel, Benachteiligung abzubauen und junge Menschen individuell zu fördern. Daraus ergibt sich der Auftrag, sich in besonderer Weise um benachteiligte junge Menschen zu kümmern.
 - c) Informelle Bildungsangebote, die dazu beitragen können, Bildungsdefizite abzubauen.
 - d) Die Berücksichtigung besonderen Lebensbedingungen von Jungen und Mädchen durch geeignete Angebote.
 - e) Besondere Angebote für junge Menschen mit besonderen kulturellen Hintergründen und Migrationshintergrund.
 - f) Gemeinwesenorientierung
 - g) Beteiligung der Jugendlichen
 - h) Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der städtischen Jugendarbeit und Schulen.
 - i) Zeitlich angemessenes bedürfnisorientiertes Angebot (derzeit 28 Std. wöchentlich).
 - j) Fachliche Begleitung durch mindestens eine Betreuungsperson mit sozialpädagogischer Ausbildung.
3. Für die Jugendarbeit sind angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die sich für die Aufgabe eignen. Dazu gehören:
 - a) Zentrale Lage und Erreichbarkeit (Anbindung an ÖPNV)
 - b) Wenig umgebende Wohnbebauung, um Lärmprobleme zu minimieren
 - c) Verschiedene, auch parallel nutzbare Räumlichkeiten, um unterschiedliche Angebote für besondere Zielgruppen ebenso zu ermöglichen wie eine „offene Tür-Arbeit“
 - d) Barrierefreier Zugang zum offenen Tür-Bereich und zumindest einem weiteren Gruppenraum
 - e) Keine Doppelnutzungen durch andere Gruppen in einem größeren Teil der verfügbaren Räumlichkeiten.

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der KUBA Gespräche über die weitere Erfüllung des Geschäftsbesorgungsvertrages vom Juni 2004 aufzunehmen, der in dieser Form bis zum Jahr 2014 läuft.
5. Sollte zur Erfüllung des Vertrages die Erstellung oder Herrichtung neuer Räumlichkeiten als den bisherigen erforderlich sein, hat sich der Umfang der für die Jugendarbeit notwendigen Räumlichkeiten an den bisherigen Räumlichkeiten zu orientieren. Dabei ist sicher zu stellen, dass der städtische Gesamtzuschuss den jetzigen Zuschuss nicht wesentlich übersteigt.
6. Parallel ist zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die kommunale Jugendarbeit im zentralen Siedlungsgebiet des Ortsteils Barsinghausen auch durch ein städtisches Angebot wahrgenommen werden kann.
7. Um die Handlungsfähigkeit sicher zu stellen, sind die Haushaltsstellen 46010 Jugendarbeit und 46000 Kinder- und Jugendfreizeitstätten als gegenseitig deckungsfähig festzusetzen. Minderausgaben bei 46010 berechtigen zu Mehrausgaben bei 46000.

3. Antrag der SPD-Fraktion: Ganztagschulen

Frau Dürbaum-Betsch erläutert den Antrag.

Herr Höfer führt aus, dass derzeit durch die Arbeitsgruppe mit den Leiterinnen und Leitern der Grundschulen über die Standards diskutiert wird. Es ist noch nicht abschließend erörtert, was akzeptabel und welches der notwendige und sinnvolle Bereich für Ganztagschulen ist. Es ist nach Meinung von Herrn Höfer nicht sinnvoll Entscheidungen zu treffen und Finanzbeträge einzusetzen, bevor die Standards nicht durch die Arbeitsgruppe festgelegt sind. Erst dann sollte eine Diskussion darüber geführt werden, Grundbeträge einzusetzen. Seine Fraktion wird daher dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Dr. Beckmann stellt auch hier, Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Höfer, einen Ergänzungsantrag, damit auf der Basis der Ergebnisse der Arbeitsgruppe entsprechend gehandelt werden kann, den beantragten Ansatz einzustellen und mit einem entsprechenden Sperrvermerk zu versehen, der weitere Beratungen im Fachausschuss ermöglicht. Sie mahnt eine zügige Abwicklung an, da bereits vor mehr als einem Jahr erste Gespräche mit den Schulleiterinnen und -leitern geführt wurden.

Frau Dürbaum-Betsch teilt mit, dass es schon einige Zeit her ist, dass die Arbeitsgruppe getagt hat. Bereits dort war bekannt, dass die Grundschulleiterinnen und -leiter mit der räumlichen Ausstattung halbwegs zufrieden sind, aber nicht mit der sachlichen Ausstattung, um den Ganztagsbetrieb zu gestalten.

Beratungsergebnis: abgelehnt

mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt:

1. Die Sachkosten für die verlässlichen Ganztags-Grundschulen werden pro Schule um 2.000,00 EUR erhöht.
2. Nach einem Jahr legt die Verwaltung dem Rat – nach Überprüfung der Ausgaben – einen Bericht über die Mittelverwendung vor.

3. Abhängig von dem Ergebnis der Überprüfung und des Berichts könnte ein Grundbetrag pro Schule festgesetzt werden, sowie ein weiterer Betrag pro Schüler.
4. Der Ansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen.

4. Antrag der SPD-Fraktion: Bert-Brecht-Schule

Frau Dürbaum-Betsch führt in den Antrag ein.

Herr Fabisch merkt an, dass seine Fraktion keinen Bedarf sieht, dem Antrag zuzustimmen. Es gibt den Schulentwicklungsplan, der eingehalten wird. Auch in der Vergangenheit wurde entsprechend gehandelt, wenn der Bedarf gegeben war. Dieser Bedarf ist für die Bert-Brecht-Schule derzeit nicht ersichtlich, so dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird.

Herr Riemer weist darauf hin, dass es Probleme gibt, wenn Kinder auf sonderpädagogische Förderung hin überprüft werden und anschließend die Schule wechseln. Wenn diese Kinder von einer Ganztagschule kommen und haben dann keine Ganztagsbetreuung mehr, kann es zu erheblichen Problemen kommen. Dieses sollte mittelfristig bei den Planungen berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, alle möglichen Wege zu nutzen, um die Bert-Brecht-Förderschule in eine Ganztagschule umzuwandeln.
2. Für die sächliche Ausstattung für den Ganztagsbetrieb werden zunächst 2.000,00 Euro im Haushalt bereitgestellt.

5. Antrag der SPD-Fraktion: Cafeteria Goetheschule

Frau Dürbaum-Betsch erläutert den Antrag.

Herr Neddermeier führt aus, dass das Thema Mensa und die entsprechende Finanzierung durch die bereits vom Rat gefassten Beschlüsse festgelegt sind. Nach Ansicht seiner Fraktion ist die festgelegte Summe ausreichend. Herr Neddermeier führt weiter aus, dass ein Weg von der Mensa zu den 10 Meter entfernten sanitären Anlagen im Nachbarbereich zumutbar ist. Bei dem Bau zusätzlicher Toiletten müssten noch 30.000,00 bis 40.000,00 Euro zusätzliche Kosten eingeplant werden. Seiner Fraktion ist es wichtiger, dass die Lehrer vernünftige Arbeitszimmer und ein Lehrerzimmer erhalten und darüber hinaus – wie bereits lange gefordert – vernünftige Toiletten.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt:

1. Die Realisierung und auskömmliche Finanzierung der Cafeteria an der KGS Goetheschule ist sicherzustellen. Sollten Finanzierungslücken auftreten, sind diese ggf. durch Mittel der Maßnahme „Aktive Orts- und Stadtteilzentren“ und der Maßnahme „Soziale Stadt“ zu decken. Ein Ausgleich erfolgt ggf. über einen Nachtragshaushalt.
2. Zur Realisierung in oder unmittelbar an der Cafeteria gelegene Sanitäreinrichtungen werden umgehend Planungen aufgenommen. Die Planungen sind dem Ausschuss für Gebäudewirtschaft bis zum 01.04.2010 vorzulegen.

6. Antrag der SPD-Fraktion: Seniorenweihnachtsfeiern

Herr Messing erläutert den Antrag.

Herr Röver führt aus, dass bereits im vergangenen Jahr nicht mehr persönlich eingeladen worden ist. Er findet es schade, dass sich die Leute nicht durch die Zeitungshinweise angesprochen fühlen. Seines Erachtens sollte jeder, der Lust dazu hat, an der Veranstaltung teilzunehmen, dort auch hingehen. Dieses sollte nicht von einer persönlichen Einladung abhängig gemacht werden.

Herr Röver führt weiter aus, dass der Rückgang der Teilnehmerzahlen nicht unbedingt an der fehlenden persönlichen Einladung liegen muss. Auch schlechtes Wetter oder das angebotene Programm könnten ausschlaggebend sein. Er merkt an, dass auch darüber nachgedacht werden sollte, das Programm bzw. den Ablauf neu zu gestalten.

Herr Klockow schließt sich den Ausführungen von Herrn Röver an. Er führt aus, dass aufgrund des demographischen Wandels bereits in drei Jahren 1/3 aller Einwohnerinnen und Einwohner eine Einladung erhalten müssten. Dieser Aufwand ist nicht zu rechtfertigen und ist nicht Sinn und Zweck der Seniorenarbeit. Seines Erachtens liegt der Teilnehmerrückgang vielmehr an der mangelnden Akzeptanz der Veranstaltung.

Dr. Bercusi schließt sich Herrn Röver und Herrn Klockow an. Er meint, dass es sinnvoller wäre, die Seniorenvereine und -verbände finanziell zu unterstützen, als persönliche Einladungen zu verschicken.

Beratungsergebnis: abgelehnt

mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt:

In der Haushaltsstelle:

Einzelplan 4, Abschnitt 49, UA 49800 Haushaltsstelle 788200.3

Für die Ausrichtung der Seniorenweihnachtsfeiern ist ein Betrag von 5.000,00 Euro anstatt der im Plan vorhandenen 2.500,00 Euro einzusetzen. Das Geld soll zielgerichtet für die persönlichen Einladungen der älteren Mitbürger verwendet werden.

7. Zuschuss-Antrag der Petrusgemeinde

Herr Mientus unterstützt im Namen der SPD-Fraktion den gestellten Antrag der ev.-luth. Petrusgemeinde Barsinghausen. Er führt aus, dass das Konzept hinlänglich vorgestellt wurde. Er meint, dass niemand, der dafür ist, den Bereich nördlich der Bahn voranzutreiben, gegen diesen Antrag sein dürfte. Herr Mientus schlägt zur Deckung

des Zuschusses vor, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, einen externen Moderator für die Haushaltskonsolidierung einzusetzen, nicht zuzustimmen und stattdessen die dafür vorgesehenen 10.000,00 Euro der ev.-luth. Petrusgemeinde Barsinghausen als Zuschuss zu gewähren.

Herr Schroth teilt für seine Fraktion mit, dass der Antrag erst seit kurzem vorliegt und für eine abschließende Meinungsbildung nicht ausreichend Zeit zur Verfügung stand. Dieses umfangreiche Projekt fällt auch in die Überplanungen der städtischen Sanierung und sollte in diesem Zusammenhang mit beraten werden. Er schlägt daher vor, den Antrag heute abzusetzen und nicht zu beschließen. Anderenfalls müsste seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass der Antrag bereits im letzten Jahr vorgelegt und intensiv beraten worden ist. Die Zielsetzung der Petrusgemeinde ist hinlänglich bekannt. Ein bestehender Beratungsbedarf kann somit keine Begründung sein, sondern vielmehr, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen will.

Frau Dr. Beckmann stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Zuschuss-Antrag der Petrusgemeinde in den Ausschuss zu verweisen.

Herr Steuernagel lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der Zuschussantrag der ev.-luth. Petrusgemeinde Barsinghausen wird in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Frau Dr. Beckmann beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung. Herr Steuernagel stimmt diesem zu und unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

8. Zuschuss-Antrag des Integrationsbeirates

Frau Dürbaum-Betsch merkt an, dass der Integrationsbeirat vom Rat eingesetzt wurde und nunmehr mit den geringen finanziellen Mitteln ausgestattet werden sollte, die er für seine Arbeit braucht.

Herr Schroth stimmt zu, dass der Integrationsbeirat eingerichtet wurde. Er merkt an, dass dieser auch gute Arbeit leistet und sich bereits in der Öffentlichkeit präsentiert hat. Bei der Einrichtung des Beirates haben sich alle Beteiligten damit einverstanden erklärt, dass der Integrationsbeirat nicht mit finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Dabei sollte man jetzt auch bleiben.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 11 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Dem Integrationsbeirat wird ein Zuschuss in Höhe von 1.000,00 Euro gewährt.

Nachdem die vorliegenden Anträge zum Haushalt abgestimmt worden sind und keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Steuernagel die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Nach der erfolgten Abstimmung bittet Herr Dr. Härdrich um Klärung, was es bedeutet, wenn eine Fraktion erklärt, an einer Abstimmung nicht mitzuwirken. Nach seiner Ansicht bedeutet dieses auch ein Nichteingreifen in die Debatte. Herr Röver hat sich – entgegen der Erklärung von Frau Westphal, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an der Abstimmung zum Haushalt nicht mitzuwirken – an der Debatte beteiligt, so Herr Dr. Härdrich.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 14 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Haushaltssatzung der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2010 sowie das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013 werden beschlossen. Die Satzung ist in die Niederschrift aufzunehmen. **Anlage 2**
2. Die Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013 wird zur Kenntnis genommen.

13. Haushaltssicherungskonzept 2010 **Vorlage: XVI/0482**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 14 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Das in der der Niederschrift als Anlage beigefügte beschriebene Haushaltssicherungskonzept 2010 wird beschlossen. **Anlage 3**

14. Mitteilungen der Verwaltung

1. Herr Zieseniß berichtet, dass der 2. Nachtragshaushalt von der Region Hannover genehmigt worden ist.
2. Herr Zieseniß berichtet weiter, dass am 03.12.2009 ein Gespräch mit Herrn Sahling von der Klimaschutzagentur über den weißen Fleck in Punkto Klimaschutz in Barsinghausen stattgefunden hat. Herr Zieseniß hat Herrn Sahling mitgeteilt, dass die Stadt Barsinghausen die vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützen wird. Z. B. soll die energetische Sanierung mit in den Rahmenplan für die Innenstadtsanierung aufgenommen werden. Herr Sahling hat in dem Gespräch mitgeteilt, noch weitere Zuschüsse vom Ministerium für Umwelt für weitere Planungsarbeiten zu generieren.
3. Weiter teilt Herr Zieseniß mit, dass morgen die Vertragsunterzeichnung mit dem Tierchutzverein Barsinghausen erfolgen wird.

15. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. Frau Dürbaum-Betsch nimmt Bezug auf die Einwohnerfragestunde und die dort aufgeworfene Frage zu einem Provisorium für ein Bushaltestellenhäuschen an der KGS Goetheschule. Es kann ihres Erachtens nicht sein, dass die Kinder dort den ganzen Winter lang ungeschützt warten müssen, nur weil die Planungen noch nicht abgeschlossen worden sind. Frau Dürbaum-Betsch führt weiter aus, dass Herr Paulsen im Fachausschuss zugesagt hat, dass ein entsprechendes Provisorium aufgestellt wird.

Herr Lahmann teilt mit, dass seitens der Verwaltung geprüft worden ist, was ein Provisorium kostet. Trotz aller Bemühungen konnte keine kostengünstige Lösung gefunden werden. Die gefundenen Lösungen waren so teuer wie eine endgültige Version. Er sagt zu, dass wenn der Verwaltung Möglichkeiten aufgezeigt werden sollten, wie das Problem kostengünstig und den Sicherheitsvorschriften entsprechend gelöst werden kann, diese auch entsprechend geprüft und ggf. umgesetzt werden. Auch im Hinblick darauf, dass nicht bei allen Schulen die Unterstellmöglichkeiten für alle Schüler ausreichen, ist ein Provisorium nicht vertretbar.

2. Herr Hugo hat mit Schreiben vom 08.11. eine Anfrage zum Thema „Fortbildung zur fachkundigen Nutzung des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten und der Betreuung 3-jähriger Kinder“ geschickt, die schriftlich und mündlich in der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung, Sport und Kultur am 11.11. beantwortet werden sollte. Eine mündliche Beantwortung ist in der Ausschusssitzung erfolgt, die schriftliche Antwort steht allerdings noch aus. Herr Hugo bittet, dass diese nachgereicht wird.
3. Frau Dr. Beckmann nimmt Bezug auf die von Frau Dürbaum-Betsch gestellte Frage hinsichtlich des Wartehäuschens. Sie schlägt vor, Gespräche mit der Firma Spang-Bau zu führen. Diese bietet durchaus wetterbeständige kostengünstige Mietlösungen. Eine Mietlösung könnte durchaus eine attraktive und kostengünstige Lösungsmöglichkeit sein.

Herr Lahmann sagt eine entsprechende Prüfung zu.

4. Frau Dürbaum-Betsch teilt mit, dass sie in der vorletzten Sitzung des Rates eine Anfrage gestellt hat, ob die Gelder, die vor mindestens 20 Jahren von der Bundeswehr für die in Landringhausen zerstörten Kantensteine gezahlt wurden, Kosten mindernd eingesetzt werden, wenn die Abrechnung für die Erneuerung der Fußwege erfolgt. Sie merkt an, bis heute keine Antwort erhalten zu haben und bittet darum, dieses nachzuholen.

Herr Zieseniß teilt mit, dass eine Antwort in die Straße „Am Rehagen“ versandt wurde. Ihm ist nicht ersichtlich, warum diese nicht alle erhalten haben. In dieser wurde erläutert, warum der Fußweg mit Beton versehen wurde. Diese Reparatur ist die kostengünstigste Lösung gewesen. Er sagt zu, dass die schriftliche Antwort umgehend nachgeholt wird.

5. Frau Westphal regt an, dass im kommenden Jahr pro Quartal mindestens eine Fachausschusssitzung vorgesehen werden sollte.

Herr Zieseniß sagt zu, dass dieses terminmäßig berücksichtigt werden wird.

6. Herr Zieseniß bedankt sich bei allen Ratsvertreterinnen und -vertretern für die ehrenamtlich geleistete Arbeit des vergangenen Jahres. Er wünscht allen Anwesenden schöne Weihnachtsfeiertage und ein gesegnetes Jahr 2010.

Herr Steuernagel schließt sich diesen Wünschen an, dankt den Pressevertretern für ihr Kommen und schließt die öffentliche Sitzung um 21.34 Uhr.

Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Steuernagel schließt die Sitzung um 21.36 Uhr.

Steuernagel
Ratsvorsitzender

Zieseniß
Bürgermeister

Filipiak
Protokollführerin

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung

**Haushaltssatzung des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen
für das Haushaltsjahr 2009**

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Barsinghausen in der Sitzung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	4.146.250,00 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	3.928.500,00 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge	0,00 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendung auf	0,00 Euro

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.380.250,00 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.198.000,00 Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	317.000,00 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	2.783.000,00 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.767.000,00 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	148.000,00 Euro.

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditemächtigung) wird auf 1.810.000,00 Euro festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2009 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000,00 Euro festgesetzt.

Barsinghausen, den

.....
Bürgermeister

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

2.1 Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr²⁾ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

2.2 Die nach § 91 Abs. 4, § 92 Abs. 2 und nach § 94 Abs. 2 NGO erforderliche(n) Genehmigung(en) ist/sind durch das/die/den am unter dem Aktenzeichen erteilt worden.

Eine Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

2.3 Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO vom bis zum
(und vom bis zum)
in,
im,
Zimmer,
zu folgenden Öffnungszeiten,
zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Barsinghausen, den

.....
Bürgermeister

Haushaltssatzung der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2010

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Barsinghausen in der Sitzung am 10.12.2009 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	42.627.400 EUR
in der Ausgabe auf	58.777.400 EUR
<hr/>	
Fehlbedarf	16.150.000 EUR
im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	8.816.300 EUR
in der Ausgabe auf	8.816.300 EUR

festgesetzt.

§ 1 a

Der Haushaltsplan für den Teilhaushalt Nettoregiebetrieb Gebäudewirtschaft Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2010 wird

1.	im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
1.1	der ordentlichen Erträge auf	7.315.000 EUR
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	7.315.000 EUR
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 EUR
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 EUR
2.	im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.930.000 EUR
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.521.600 EUR
2.3	der Einzahlung für Investitionstätigkeit	611.000 EUR
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	1.567.000 EUR
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	677.000 EUR
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	128.500 EUR

festgesetzt.

Haushaltssatzung der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2010

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 3.532.500 EUR festgesetzt.

§ 2 a

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Teilhaushalt Nettoregiebetrieb Gebäudewirtschaftsbetrieb Barsinghausen wird auf 677.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden im Vermögenshaushalt nicht veranschlagt.

§ 3a

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Teilhaushalt Nettoregiebetrieb Gebäudewirtschaftsbetrieb Barsinghausen wird auf 1.520.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2010 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 23.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 450 v.H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 450 v.H.
2. Gewerbesteuer 380 v.H.

§ 6

Unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben im Sinne des § 89 (1) Satz 2 NGO sind Ausgaben bis zur Höhe von 10.000 EUR im Einzelfall.

Barsinghausen, den 10.12.2009

STADT BARSINGHAUSEN
Der Bürgermeister

Ziesenis



STADT BARSINGHAUSEN
Bereich Finanzen

Der Rat der Stadt Barsinghausen hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2009 die nachstehenden Maßnahmen zur Haushaltssicherung beschlossen:

Maßnahmen zur Haushaltssicherung		Beschreibung der Maßnahmen				
		2011	2012	2013	2014	
1	Erhöhung Steuereinnahmen	750.000	1.500.000	2.000.000	2.500.000	Erhöhung des Gewerbesteuererlöses (75 v.H. der Gewerbesteuermaßnahmen) durch verstärkte Ansiedlung von Gewerbebetrieben.
2	Abführung Wegebeneutzungsentsgelt durch die Stadtwerke Barsinghausen GmbH in höchstmöglicher Höhe	300.000	300.000	300.000	300.000	Durch die Anpassung der Wasserpreise ist die Zahlung des vertraglich vereinbarten Wegebeneutzungsentgeltes ab 2010 wieder möglich. Zukünftig sind die Wasserpreise so zu gestalten, dass die Zahlung des Wegebeneutzungsentgeltes dauerhaft gesichert ist.
3	Nachentrichtung des in 2009 nicht gezahlten Wegebeneutzungsentgelts durch die Stadtwerke Barsinghausen GmbH	60.000	60.000	60.000	60.000	Wegen Unterschreitung des Mindestgewinns konnte das Wegebeneutzungsentgelt für 2009 in Höhe von 300.000,- € nicht gezahlt werden. Nach der vertraglichen und gesetzlichen Regelung ist eine Nachentrichtung in den kommenden fünf Jahren zulässig.
4	Angemessene Eigenkapitalverzinsung durch die Stadtwerke Barsinghausen GmbH		220.000	220.000	220.000	Ab 2012 werden jährlich 8 % erwartet. (Eigenkapital am 31.12.2007: 2.701 TEUR)
5	Angemessene Eigenkapitalverzinsung durch die SGB Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH			48.000	48.000	Ab 2013 werden jährlich 8 % erwartet. (Eigenkapital am 31.12.2008: 606 TEUR)
6	Abführung eines Teils des Bilanzgewinns der Stadtparkasse Barsinghausen	140.000	280.000	280.000	280.000	Nach § 24 Abs. 2 NSpG kann der Bilanzgewinn (2008: 953 TEUR) bis zur vollen Höhe an den Träger abgeführt werden, wenn die Sicherheitsrücklage mindestens 10 v. H. der gewichteten Risikoaktiva beträgt. Die Sicherheitsrücklage betrug im gesamten Jahr 2008 mehr als 11 v. H. der gewichteten Risikoaktiva. Damit wäre eine Abführung des (gesamten) Bilanzgewinns möglich. Es wird zumindest eine teilweise Abführung i.H.v. 15 % im 2011 und i.H.v. 30 % ab 2012 erwartet.

		Haushaltssicherungskonzept 2010			
		Beschreibung der Maßnahmen			
Nr.	Maßnahmen zur Haushaltsicherung	2011	2012	2013	2014
7	Folgekostenabführung durch die SGB Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen GmbH	400.000	400.000	400.000	400.000
8	Fortführung Personalentwicklungskonzept		50.000	200.000	500.000
9	Einstellung Schuldnerberatung	4.650	4.650	4.650	4.650
10	Einstellung Suchtberatung	5.100	5.100	5.100	5.100
11	Aufbau eines Liquiditätsmanagements (Cashpool) mit den städt. Gesellschaften und dem Eigenbetrieb Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen				
12	Externe Beratung zur Haushaltssicherung				
Mehreinnahmen / Minderausgaben gesamt		1.659.750	2.819.750	3.518.750	4.318.750

Die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die mittelfristige Finanzplanung sind im Finanzplan 2010 dargestellt (s. hinten).